

Fragile Weltordnung

🏠 / News / Fragile Weltordnung



Am Rande des Zusammenbruchs?

Es ist kaum noch übersehbar: Die Welt ist «aus den Fugen» (Peter Scholl-Latour). Und trotzdem balancieren wir wie «Schlafwandler» (Christopher Clark) mit einer trügerischen Sicherheit auf einem Seil über dem Abgrund, bis die Balance jäh zusammenbrechen könnte. Ein Zusammenbruch der heutigen Ordnung erscheint nicht als ein unrealistisches Szenario.

Von Olivier Kessler, Chefredaktor «Schweizerzeit»

All die Warnungen von kritischen Zeitgenossen haben die Politik bislang nicht zum Umdenken animieren können. Deshalb wird ein Zusammenbruch der jetzigen Weltordnung immer wahrscheinlicher. Nachfolgend werden sieben Gründe genannt, warum die Zeichen auf Sturm stehen und was wir dagegen unternehmen können.

1. Gigantische Blase vor dem Platzen

Alle wichtigen Zentralbanken dieser Welt haben die Zinsen derzeit unter das voraussichtliche Marktniveau heruntermanipuliert. Die Weltwirtschaft tut so, als habe man die Finanzkrise von 2008 überwunden. In Tat und Wahrheit hat man die gravierenden Folgen der aufgetürmten Probleme nur in die Zukunft verschoben und dadurch verschlimmert. Indem die staatlichen Geldmonopolisten ihre Zinsen auf unterirdisches Niveau drücken, führen sie die Wirtschaftsakteure in die Irre. Tiefe Zinsen implizieren unter normalen Umständen eine grosse Verfügbarkeit von Ersparnissen. Unternehmer werden dadurch dazu animiert, Investitionen zu tätigen, um Produkte für die Zukunft herzustellen, welche mit diesen vermeintlich vorhandenen Ersparnissen erworben werden sollen. Tiefe Zinsen verleiten zudem zum Schuldenmachen. Der Schuldenberg wächst und wächst.

Sobald die Akteure später dahinter kommen, dass die Ersparnisse gar nicht vorhanden sind und sie ihre Produkte nicht verkaufen können, gerät die Wirtschaft ins Stocken und das Kartenhaus gerät ins Wanken. Abschreibungen müssen getätigt und Arbeitsplätze abgebaut werden. Bestimmt wird auch dann wieder der Ruf nach einer expansiven Geldpolitik und noch tieferen Zinsen laut. Doch die Zentralbanken sind mit der heutigen Nullzinspolitik am Ende ihres Lateins angelangt. Zwar fluten nun einige Zentralbanken die Märkte direkt durch massive Geld-Tsunamis (sog. «Quantitative Easing»). Dadurch können sie zwar die Illusion, dass «alles in Butter» sei, eine Zeit lang nähren. Doch längerfristig setzen sie das Land dadurch der Gefahr einer Hyperinflation aus, die verheerende Folgen haben kann. In der Weimarer Republik gilt die gigantische Vernichtung von Ersparnissen des Volkes als Schlüsselereignis für den

nachfolgenden Aufstieg von Adolf Hitler und seinen barbarischen Nationalsozialisten. Wer alles verloren hat, hat nichts mehr zu verlieren. Die Zentralbanken legen also hier und heute erneut die Grundlage für den Aufstieg eines künftigen Totalitarismus. Es gibt aktuell keine nennenswerten Parteien oder Bürgerbewegungen, die sich gegen das Gebaren der Zentralbanken auflehnen würden – einmal abgesehen von einigen libertären Einzelkämpfern.

2. Kaputtregulierung verunmöglicht Heilung

Seit Jahrzehnten werden die wichtigsten Volkswirtschaften mit einer Welle gigantischer Regulierungen und Verboten überflutet. Die Politik hat die Wirtschaft auf Geheiss der Lobbyisten der Grosskonzerne in Ketten gelegt. Dadurch halten sich die Grossen die kleinen, aufstrebenden Konkurrenten vom Hals. Diese sind nicht mehr in der Lage, all den Papierkram zu erledigen, den ihnen die Politik auferlegt hat. Dazu bedarf es ganzer Compliance-Abteilungen, die sich nur noch Grosskonzerne leisten können. Diese müssen sich so einem immer schwächer ausgeprägten Wettbewerb einer zunehmend verkrüppelten Marktwirtschaft stellen und können sich auf ihren Lorbeeren ausruhen. Das behindert Innovation und Fortschritt. Bricht die nächste Wirtschaftskrise aus, fehlt zunehmend innovativer Unternehmergeist, der zur Linderung des Leids beitragen und die Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen könnte. Von einem geknebelten und gefesselten Menschen kann man schliesslich auch nicht erwarten, dass er die Kraft dazu hat, sich aufzubäumen und anderen zu helfen.

3. Finanzierung des Sozialstaats gefährdet

Wenn die Wirtschaft am Boden liegt und keine Tiefzins-Spritze mehr verabreicht oder keine Geldschwemme mehr ausgelöst werden kann, ohne eine Hyperinflation zu provozieren, fehlen dem Staat die Einnahmen, um den üppig ausgebauten Sozialstaat weiterhin mit finanziellen Mitteln zu mästen. Eine unvorstellbare Schockmeldung für die Schar von Sozialstaat-Abhängigen, die die Politik mit der Zerstörung der Eigenverantwortung produziert hat. Wenn plötzlich keine AHV-Rente mehr ausbezahlt werden kann, wenn aus dem Nichts Sozial- und Unterstützungsgelder für Bedürftige gestrichen werden, könnte ein Pulverfass explodieren.

Wegen des staatlichen Hyperaktivismus im Sozialbereich haben viele Menschen verlernt, für sich selbst zu sorgen. Immer mehr verlassen sich auf die fütternde und alles finanzierende Hand des Staates. Fällt der Versorgung durch Vater Staat aus, dürften sich viele nicht mehr anders zu helfen wissen, als auf Diebes- und Plündertouren zu gehen, um an die überlebenswichtigen Güter zu gelangen.

4. Armutsmigration verschärft Probleme

Die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dürfte zusätzlich durch die vermehrte Einwanderung von Armutsmigranten und Flüchtlingen erschwert werden. Auch diese wollen durch den Staat auf Kosten der Steuerzahler versorgt werden. Versiegen die finanziellen Quellen, ist mit Aufständen und inneren Unruhen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu rechnen. Geheimdienste vermuten zudem eine nicht vernachlässigbare Einschleusung von radikal-islamischen IS-Terroristen, welche zusätzlich Gewalt und Schrecken verbreiten könnten. Die Westmächte – allen voran die USA mit den von ihnen beherrschten Organisationen wie etwa der NATO – treiben die Flüchtlingskrise munter voran, indem Hass im Nahen Osten und in Nordafrika durch Kriegsinterventionen und das Ausplündern der dortigen Rohstoffe gesät wird. Als natürliche Reaktion spriessen dort Terroristen nur so aus dem Boden, welche die ansässige Bevölkerung in die Flucht treiben.

5. Ruf nach Ordnung – oder: Weg in die Knechtschaft?

Es braucht wahrscheinlich nicht viel – vielleicht genügt auch nur ein einziger, gravierender Terroranschlag – und der Ruf nach einer starken Kraft, die für Ruhe und Ordnung sorgt, wird erklingen. Die Geschichte ist voller Beispiele, in welchen grauenvolle Diktatoren die Gunst der Stunde für sich genutzt haben, um an die Macht zu gelangen – mit dem Versprechen, Ordnung zu schaffen und «aufzuräumen». Tatsächlich wurden statt dessen oftmals Terrorregimes installiert, die die totale Macht anstrebten und jegliche Bürgerrechte aushebelten. Bereits George Orwell beschrieb diesen totalitären Polizei- und Überwachungsstaat eindrücklich in seinem Roman «1984». Auch in der Filmwelt gibt es etliche Beispiele, die vor solchen Szenarien eindringlich warnen – etwa «Die Tribute von Panem» oder «V wie Vendetta». Vor diesem Hintergrund leuchtet es ein, weshalb die staatlichen Herrscher dem aktuellen Treiben – der Masseneinwanderung, der Enteignung der Sparer und der zunehmenden Unfinanzierbarkeit des Sozialstaats – tatenlos zusehen. Gewinner der meisten Krisen sind nämlich die staatlichen Herrscher selbst, denen weitreichende Kompetenzen und Machtbefugnisse übertragen werden. Tatsächlich erlebten Etatismus und Interventionismus in Kriegszeiten stets eine Hochblüte.

6. Bedrohung von aussen

Was zu allem Unheil noch dazu kommt: Auf internationaler Ebene steuern die Ost- und Westmächte unheilvoll auf eine militärische Konfrontation zu. Auf der einen Seite steht die durch die USA angeführte und durch die NATO institutionalisierte Allianz der Westmächte. Auf der anderen Seite stehen hauptsächlich die aufstrebenden Ostmächte Russland und China. Durch die wider allen Versprechen durchgeführte Ausdehnung der NATO gen Osten in den einstigen Einflussbereich Moskaus, durch die aggressive Sanktionspolitik, gepushte Farbrevolutionen und einseitige, unbewiesene Schuldzuweisungen (beispielsweise beim Abschuss von MH17 über der Ukraine) spielt der Westen fahrlässig mit dem Feuer – auch wenn man nun versucht, Putin alleine als Aggressor hinzustellen. Es kommt dem neutralen Beobachter fast so vor, als würden diese Auseinandersetzungen bewusst vorangetrieben. Aber zum Nutzen vom wem?

Mögliche Profiteure sind wiederum die staatlichen Lenker, die sich bei dieser Verschärfung der Rhetorik auf die «Gefahr von aussen» berufen können, um das Land allen inneren Krisen zum Trotz einen zu können und es zu beherrschen. Damit versucht die politische Klasse die Legitimation für eine «alternativlose», autoritäre Herrschaft über die Bürger zu gewinnen. Die Aufhebung gewisser Menschenrechte ist dann notwendiges Übel für den «Erhalt der Sicherheit».

7. Unvorhergesehenes

Von allen bisher geschilderten Gründen für einen wahrscheinlichen Zusammenbruch der aktuellen Weltordnung sind bereits klare Anzeichen sichtbar. Natürlich gibt es aber auch noch unvorhergesehene Möglichkeiten, die ebenfalls zu einer solchen Krise und zur Abschaffung der Bürgerfreiheiten führen könnten. Dazu gehören etwa der Ausbruch von Pandemien, Umweltkatastrophen, der Zusammenbruch des Internets, Stromausfälle und Terroranschläge.

Was tun?

Wie stabil, respektive fragil unsere aktuelle Ordnung ist, wird sich im Ernstfall weisen. Eines ist klar: Je mehr Kompetenzen dem Staat übertragen werden und je mehr dieser über unser Leben bestimmen will, desto weniger Flexibilität haben die Bürger, um zu reagieren. Wo der

Staat alles an sich reisst und den Wettbewerb ausschaltet, fehlen plötzlich echte Alternativen, die zur Problemlösung herhalten könnten. In je mehr Bereiche unseres Lebens sich der Staat einmischt und sich als Monopolist etabliert, desto mehr sind wir von ihm abhängig. Geht er Konkurs, sind wir alle mitgefangen.

Was können wir also tun, um die sich anbahnenden Krisen abzuwehren oder zumindest zu mildern? Nachfolgend einige Ratschläge:

1. Möglichst viele heutige Kompetenzen des Staates dezentralisieren und Lebensbereiche entstaatlichen, um die in der Krise nötige Flexibilität zurückzugewinnen und innovativen Unternehmern keine Steine in den Weg zu legen. Dazu gehört auch das Zulassen eines freien Geldwettbewerbs, welcher es den Zentralbanken verunmöglichen würde, Geld ohne Ende zu produzieren, ohne dass die Kunden zu einem anderen Anbieter wechseln würden.
2. Schützen Sie Ihre Ersparnisse: Es ist nicht sinnvoll, sein ganzes Erspartes in fragilem Papiergeld zu halten, dessen Wert durch die Zentralbank weginflationiert wird. Insbesondere Edelmetalle wie Gold und Silber, aber auch Immobilien eignen sich zur Wertaufbewahrung.
3. Treffen Sie Krisenvorbereitungen: Lesen Sie Literatur zur Krisenvorsorge. Darin erfahren Sie Wertvolles für das Überleben in der Krise, falls es einmal so weit kommen sollte.
4. Informieren Sie möglichst viele Mitbürger von der Möglichkeit eines kommenden Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung. Je mehr Menschen sich vorher reflektierende Gedanken dazu gemacht haben, wie man in einer Krise richtig handelt und sich richtig vorbereitet, desto geringer wird das Leid ausfallen.

Foto: Im Film "V wie Vendetta" wird eindrücklich eine totalitäre, antifreiheitliche Ordnung skizziert, die schon bald Realität werden könnte. (Bildquelle: flickr.com)

Gestern, 17:40 von admin | 746 Aufrufe